

**AUSZUG  
AUS DEM WORTPROTOKOLL  
der 53. Sitzung der  
XIX. Gesetzgebungsperiode  
des  
Burgenländischen Landtages**

**Donnerstag, 29. Oktober 2009**

**10.10 Uhr - 21.38 Uhr**

## Tagesordnung

- 1.
2. *Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz, Änderung*
- 3.
- 4.
- 5.
- 6.
- 7.
- 8.
- 9.
- 10.
- 11.
- 12.
- 13.
- 14.
- 15.
- 16.

---

## Verhandlungen

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1266), mit dem Begriffe an die SPG-Novelle 2005 und an die 5. Zollrechts-Durchführungsgesetz-Novelle angepasst und das Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz geändert werden (Zahl 19 - 789) (Beilage 1288)

Berichterstatter: Ewald G o s s y (S. 8402)

Redner: Mag. Josko V l a s i c h (S. 8402 u. S. 8424), Johann T s c h ü r t z .....(S. 8405 u. S. 8425), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 8409 u. S. 8420), Willibald S t a c h e r l (S. 8414), Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 8417) und Christian I l l e d i t s (S. 8422)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 8427)

**2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 1266), mit dem Begriffe an die SPG-Novelle 2005 und an die 5. Zollrechts-Durchführungsgesetz-Novelle angepasst und das Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz geändert werden (Zahl 19 - 789) (Beilage 1288);**

**Präsident Walter Prior:** Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 1266, mit dem Begriffe an die SPG-Novelle 2005 und an die 5. Zollrechts-Durchführungsgesetz-Novelle angepasst und das Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz geändert werden, Zahl 19 - 789, Beilage 1288.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Gossy.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

**Berichterstatter Ewald Gossy:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem Begriffe an die SPG-Novelle 2005 und an die 5. Zollrechts-Durchführungsgesetz-Novelle angepasst und das Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz geändert werden, in ihrer 41. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14. Oktober 2009, beraten.

Bei dieser Sitzung wurde ich zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem Begriffe an die SPG-Novelle 2005 und an die 5. Zollrechts-Durchführungsgesetz-Novelle angepasst und das Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz geändert werden, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsident Walter Prior:** Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Josko Vlasich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE):** Poštovani Predsjedniče! Poštovane poslanice i poslaniki u zemaljski sabor! (*Abg. Johann Tschürtz: Ja, geht schon.*)

Der Gesetzentwurf zur Sicherheitspolizeinovelle bedarf eigentlich nur eines kurzen Kommentars, denn es geht eigentlich nur um eine Änderung der Begriffe Gendarmerie, Bundessicherheitswache et cetera in den Begriff Bundespolizei umzuwandeln.

Doch wenn man will - und das mache ich jetzt auch - kann man dieses Gesetz zum Anlass nehmen, um auf die fatalen Folgen der Umstrukturierung der österreichischen Polizei und der Gendarmerie heute darauf aufmerksam zu machen. Diese Umstrukturierung wurde unter dem damaligen Team 04, unter Innenminister Strasser und unter der schwarz-blauen Regierung, damals vorgenommen.

Denn eines muss uns klar sein, die Verunsicherung durch die damalige Strukturreform und die damit zusammenhängende Reduktion der Polizeidienststellen, wirkt sich nun auf unsere Gegenwart nicht nur in Österreich, sondern auch hier im Burgenland, negativ aus. Die Kriminalitätsbekämpfung hat ein riesiges Problem.

Die Aufklärungsrate sinkt ständig und die Einbruchsdiebstähle, wir wissen, wachsen von Monat zu Monat, obwohl wir laut Statistik wissen und auch das Innenministerium sagt uns das, dass es eigentlich Rückgänge in der Gesamtkriminalität in Österreich und auch im Burgenland gibt. Trotzdem hat man das Gefühl, vor allem auch die Bevölkerung hat dieses Gefühl, dass es das Gegenteil ist.

Noch nie war man sich im Burgenland so sicher, dass es zum Beispiel um die Sicherheit nicht gut bestellt ist. Tägliche Meldungen über Einbrüche in Wohnungen oder Geschäfte oder zum Beispiel auch die steigende Anzahl der Autodiebstähle, lassen die Bevölkerung eben an dieser Statistik zweifeln.

Heute haben wir wiederum drei Anträge die sich mit Sicherheit oder mit dem Nahbereich der Sicherheit beschäftigen. Das ist einmal diese Novelle des Polizeigesetzes. Andererseits gibt es einen Antrag der SPÖ auf mehr Sicherheit und dann gibt es noch einen Antrag betreffend die Kasernen.

Das möchte ich zusammenfassen und eben hier sagen, dass diese Anträge zur Bekämpfung der Eigentumskriminalität mehr oder weniger wiederum, sagen wir mal so, in den Keller der Sicherheitsdebatte in unserem Land führen. Denn schön langsam muss man das Gefühl haben, dass die Freiheitlichen, die FPÖ, und die SPÖ, sich gegenseitig mit den abstrusesten Ideen zur Kriminalitätsbekämpfung beschäftigen.

Es geht also vom Assistenzeinsatz über die „Soko Ost“ bis zur Grenzschießung und Bürgerwehr. Da gibt es also die unterschiedlichsten kreativen Vorschläge.

Alle Umfragen belegen, dass die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die des Eigentums an erster Stelle die wichtigsten Themen für die Bevölkerung im Burgenland sind. Die SPÖ und die Freiheitlichen haben offensichtlich keine zukunftssträchtigen Konzepte, um sich mit der Sicherheit des Arbeitsmarktes und der Arbeitsplätze zu beschäftigen. Daher gehen sie in dieser Krise, in der wir uns jetzt befinden, eher auf die Sicherheit im Bereich der Kriminalitätsdebatte ein. Offensichtlich ja.

Ich möchte aber nur noch eines sagen, und zwar dass es schon an gewisse Paranoia grenzt, was hier bei uns passiert. Denn immer noch ist Österreich und auch das Burgenland eines der sichersten Länder der Welt. Auch das dürfen wir nicht vergessen. Man sollte den Menschen wirklich nicht Angst machen.

Sie schreiben, ich habe zufällig einen SPÖ-Kugelschreiber bei mir: „Wir Burgenländer schreiben Zukunft“. Ich habe das Gefühl, wir Burgenländer fürchten uns vor der Zukunft. Das könnte man... (Abg. Erich Trummer: Das ist schon exhibitionistisch!)

Das ist mir dabei eingefallen. Das möchte ich nur sagen.

Offensichtlich haben Sie Angst. Sie haben Angst vor der Zukunft. Sie haben Angst, Sie würden sich am liebsten in einen Keller einbunkern und rundherum alle Fenster schließen, damit die Zukunft nicht Einzug halten kann hier bei uns.

Worum geht es denn dann? Ich nenne Ihnen einige Zahlen, worum es tatsächlich geht. Im Zeitraum Jänner bis Dezember im Vorjahr wurden im Burgenland insgesamt 9.863 Straftaten angezeigt. Das war ein Rückgang um 7,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2007. Ein Rückgang von 7,5 Prozent!

Die Aufklärungsrate lag bei 51,1 Prozent. Das ist ein Minus. Das heißt, die Aufklärungsrate geht zurück. Das ist natürlich schon etwas, das man sich anschauen muss, warum das tatsächlich passiert.

Im Vergleich gibt es im Burgenland bei fast allen Deliktgruppen eine weiterhin beinahe durchgehend fallende Tendenz. Denn deutlich gehen zurück, ich nenne einige: Delikte gegen fremdes Vermögen - minus 3,4 Prozent, gegen Geldverkehr - minus 27 Prozent, Delikte gegen die Freiheit, Nötigung, gefährliche Drohung - minus zehn Prozent, Delikte gegen die Sittlichkeit - minus 39 Prozent. Suchtmitteldelikte - minus 13 Prozent, Schlepperei - minus 50 Prozent.

Nur die Vermögensdelikte, die jetzt tagtäglich in den Medien und im Hörfunk zu finden sind, steigen an. Beim Einbruchsdiebstahl haben wir, zugegeben, eine Zunahme von 12,4 Prozent.

Dennoch müssen wir festhalten, dass Ihre Lösungen, wie zum Beispiel die Fortführung des Assistenzeinsatzes, das fordern sie ja auch heute in einem Antrag, nichts bringen. Der Assistenzeinsatz mag zwar nach außen hin ein wirksames Mittel gegen die Kriminalität sein, aber wenn wir uns vor Augen führen, dass trotz dieses Assistenzeinsatzes diese Einbruchsdiebstähle gestiegen sind, und nicht abnehmen, und die Soldaten nur offene Fenster melden, da ist eine Tür nicht verschlossen, dort ein Fenster offen gelassen, dann frage ich mich schon, ob das tatsächlich ein wirksames Mittel der Kriminalitätsbekämpfung sein kann, nämlich gegen Einbruch, gegen Diebstahl.

Nur der volle Ersatz, und das sage ich jetzt noch einmal, und ich sage es immer wieder, nur der volle Ersatz dieser 270 Planstellen die nicht besetzt sind, kann wirklich mehr Sicherheit vor Diebstahl und Einbruch im Burgenland bringen.

Die Schließung von elf Gendarmerieposten, durch „schwarz-blau“, die nicht Nachbesetzung dieser 270 Planstellen, das ist, meiner Ansicht nach, der gordische Knoten der gelöst werden muss. Die Vorschläge seitens der Freiheitlichen und der SPÖ sind, meiner Ansicht nach, mehr als hilflos. Eine Nachbarschaftsbespitzelungstruppe oder eine Bürgerwehr wird, ähnlich wie der Assistenzsoldat, nichts gegen die moldawischen und georgischen gut organisierten Banden erreichen können. Da müssen schon internationale Anstrengungen her, um das Problem zu lösen.

Es muss im internationalen Interesse, nämlich im europäischen sein, die Lücken der slowakischen Schengengrenze zu schließen. Mit der Forderung der Blauen nach einem neuerlichen Eisernen Vorhang an unserer Ostgrenze wird nur eines erreicht: Die guten Nachbarschaftsbeziehungen zu Ungarn und zur Slowakei werden wieder gestört und die gut organisierten Banden werden weiterhin ihr Unwesen treiben.

Unser Vorschlag also: Wiederbesetzung der 270 Planstellen im Burgenland, Einsetzung des guten alten Dorfpolizisten statt der Soldaten, nicht einer sondern mehrerer, das wäre etwas, der mit allen gesetzlichen Mitteln ausgestattet ist, um eben auch eingreifen zu können und durch seine Präsenz in der Öffentlichkeit tatsächlich dann diesen Einbruchsdiebstählen etwas entgegenstellen kann.

Eine Studie besagt, dass die Burgenländer und Burgenländerinnen mehr Sicherheit brauchen. Sicherheit am Arbeitsplatz und Sicherheit vor der Kriminalität. Wenn Sie hier Hysterie verbreiten, wegen der fehlenden Verbrechensbekämpfung, dann kann ich Ihnen nur eines sagen: Die Tiroler haben weit mehr - wenn man es auf 1.000 Einwohner umlegt - weit mehr Kriminalität als das Burgenland.

Das Burgenland ist hier wirklich eine Insel der Seligen. Wenn Sie jetzt im Burgenland die Grenzbalken wieder niederlassen wollen, wenn Sie die Grenze wieder hochziehen wollen, was sollen dann die Tiroler machen? Sollen sie die Alpen aufschütten, den Brenner zumauern? Dort ist das x-fache an Kriminalitätssteigerung wahrzunehmen wie bei uns im Burgenland. *(Beifall bei den Grünen)*

Also das ist, meiner Ansicht nach, sicherlich der falsche Weg, den Sie hier begehen. Sie betreiben hier Hysterie, führen die Bevölkerung sozusagen, wie vorhin gesagt, in den Keller. Fenster zu, Türen zu, Licht abdrehen, damit man sich nicht fürchten muss. *(Beifall bei den Grünen)*

**Präsident Walter Prior:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ):** Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Zum einen muss man natürlich anführen, wenn Grüne Politiker von Polizei und Sicherheit sprechen, ist das ungefähr dasselbe, wie wenn der Blinde von der Farbe spricht. Ungefähr so ähnlich ist es, das ist ja fast kabarettartig, was Sie hier abliefern. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Na super! Wenn es um die Sicherheit geht, dann schweigen Sie in Zukunft!)*

Ich sage Ihnen eines, Herr Abgeordneter Vlasich, Sie sollten einmal in die Bevölkerung horchen und sich einmal umhorchen in Ihrer Umgebung, was sich wirklich abspielt im Bereich der Kriminalität. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Ihre Partei, die Freiheitlichen, waren das! Sie haben in der schwarz-blauen Regierung die Gendarmerieposten zugesperrt!)*

Aber mich wundert vor allem, dass Sie uns mit der SPÖ so in Einklang bringen, dass Sie sagen, ja die Freiheitlichen und die SPÖ sind gemeinsam schlimm. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Sie waren das!)*

Das heißt, die Freiheitliche Partei befindet sich nur nicht im Aufwind, sondern die Freiheitliche Partei wird dort und da sehr hoch gehandelt, denn zum einen sagt sogar der Niessl: Na die Freiheitliche Partei mit der ÖVP, Sie sagen: Die Freiheitliche Partei mit der SPÖ. Also Dankeschön, dass die Freiheitliche Partei nicht nur in den Umfragen bergauf geht, sondern natürlich sehr, sehr ernst genommen wird. Da möchte ich mich direkt bedanken. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Muss man leider!)*

Herr Abgeordneter Vlasich, das derzeitige Sicherheitssystem im Burgenland ist gescheitert, das ist das wahre Problem. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Ja, weil die Planstellen nicht besetzt sind!)* Diese AGM-Streifen haben nicht nur das eine gebracht, dass überhaupt keine organisierten Banden sozusagen festgenommen werden konnten, sondern diese AGM-Streifen, wo bis zu 20 Beamte stundenlang Verkehrskontrollen abhalten, genau das ist das Verkehrte.

Das heißt, hier muss man endlich auch in der Sicherheitspolitik wach werden. Das kann es einfach nicht sein. Wir brauchen auch im Burgenland ein neues Sicherheitskonzept. Wir brauchen keine stundenlangen AGM-Streifen, das heißt übrigens

Ausgleichsmaßnahmen. Sondern wir brauchen mehr Kriminalpolizei, genau das ist nämlich das springende Problem.

Es gibt im Burgenland keine Kriminalpolizei die auch im Außenstellenbereich viel bewirken kann. Es gibt zum Beispiel in Oberwart eine Kriminalaußenstelle mit sechs Bediensteten, davon gibt es nur vier Planstellen und zwei sind zugeteilt. Das heißt, mit vier Planstellen soll die Kriminalpolizei in Oberwart Observierungen vornehmen, soll tiefgreifende Kriminalitätsbekämpfung machen.

Es geht ja schließlich und endlich um organisierte Kriminalität. Es geht ja nicht um einen kleinen Einbruchsdiebstahl, sondern es geht um organisierte Kriminalität die von außen kommt und das bedarf mehr Kriminalpolizei. Das ist eigentlich das springende Problem.

Das heißt, man müsste im Burgenland eine Außenstelle mit 20 Beamten in Oberwart schaffen und eine Außenstelle im Bezirk Neusiedl, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Wir brauchen auf den Straßen eine Präsenz der Polizei!)* wo Kriminalbeamte wirklich die Möglichkeit haben eigenständig zu arbeiten und definitiv in Richtung Bekämpfung organisierter Kriminalität arbeiten können. Genau das ist nämlich das Problem.

Langfristig müsste man dafür sorgen, dass es sogar in jedem Bezirk Kriminaldienststellen gibt. Denn das Problem das man jetzt hat ist, dass es zwar einen KKD gibt, das ist ein kombinierter Kriminaldienst, aber sie müssen nicht nur kriminaltechnische Arbeit leisten, sondern sie müssen auch Verkehrskontrollen machen.

Das heißt, der muss nicht nur auf „Orgerlfang“ gehen, sondern muss natürlich auch eine kriminaltechnische Arbeit leisten. Das ist nicht vereinbar. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Sie sind schon seit Jahrzehnten bei der Polizei! Warum ändern Sie das nicht?)*

Das ist genau das Sicherheitskonzept das wir vorlegen. Wir haben auch heute einen Antrag diesbezüglich eingebracht. Ob Sie jetzt sagen das ist ein Blödsinn, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das habe ich nicht gesagt!)* ist Ihre Interpretation, es ist aber völlig subjektiv gesehen, soll so sein.

Aber Faktum ist natürlich, und das sagen auch alle Polizeibeamten, dass nicht nur die Besetzung dieser 260 oder 265 Planstellen wichtig wäre, von einer Aufstockung gar nicht zu reden, sondern dass man besonders in Bereichen der organisierten Kriminalität und im kriminalpolizeilichen Bereich mehr Initiativen setzen muss, mehr Eigenständigkeit, mehr Motivation den Beamten geben kann und nicht zu sagen: Pass auf, Du stellst dich dort drei Stunden hin, wie viele Organstrafmandate hast Du sozusagen jetzt zur Eingabe mitgebracht? Das ist nicht der richtige Weg für eine Kriminalitätsbekämpfung.

Da braucht es natürlich schon ein Gesamtkonzept. Dieses Gesamtkonzept hat natürlich schon mehrere Punkte. Ein Punkt davon ist natürlich auch die Blickrichtung in zeitweiligen Grenzkontrollen. Zeitweilige Grenzkontrollen heißt ja nicht, dass der Stacheldraht wieder errichtet wird, sondern zeitweilige Grenzkontrollen heißt, dass es unangemeldet jetzt wieder im Grenzbereich Grenzkontrollen gibt.

Dazu haben wir eine Grenzkontrolle vier Tage in der Woche oder zwei Tage in der Woche, egal wie auch immer das Kriminalitätsaufkommen ist. Das heißt, es steht ja dort nicht immer jemand an der Grenze, sondern wir haben natürlich die Infrastruktur zur Verfügung.

Deshalb ist es auch wichtig, dort an der Grenze zeitweilige Grenzkontrollen zu machen. Denn nur so kann man natürlich die Kriminalität bekämpfen. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Aber wäre es nicht gescheiter, dass gleich an der Ostgrenze, an der Schengengrenze im Osten zu machen als bei uns?)*

Ja, das ist genau der Trugschluss, den die Grünen immer haben. Das heißt, man kann ja nicht sagen, wir machen irgendwo Grenzkontrollen, von mir aus in der Türkei, damit im Burgenland nichts passiert. Das ist eine komplett verkehrte Situation, eine verkehrte Denkweise die Sie haben. Faktum ist, man muss natürlich der Kriminalität dort Einhalt bieten, wo es notwendig ist.

Ich sage Ihnen ehrlich, Sie müssen oder Sie werden ja auch schon erkennen, wie viele Autos gestohlen werden, wie viele Einbruchsdiebstähle es gibt, wie viele Gewalttätigkeiten es insgesamt gibt. Da muss man natürlich darauf achten.

Ich sage auch, dass es wichtig wäre, von jedem Asylanten eine DNA-Probe zu nehmen. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Warum kommen Sie immer auf die Asylanten zu sprechen?)* Denn Faktum ist, dass 300 monatlich in Traiskirchen verschwinden, über 100 Essen werden täglich in Traiskirchen weggeworfen, weil einfach die Menschen nicht mehr da sind. Man hat überhaupt keine Möglichkeit mehr, irgendwo diese Personen zu finden.

Diejenigen die verschwinden, verschwinden ja nicht, weil sie so lieb und brav sind, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Weil dort alles überfüllt ist!)* da ist natürlich etwas anderes geplant und daher geben sie sich meistens als Asylanten aus. Aber es wäre überhaupt kein Problem, DNA-Proben zu nehmen. Das tut nicht weh, das ist eine einfache Speichelprobe.

So könnte man natürlich auch in weiterer Folge die Kriminalität bekämpfen. Warum soll das ein Problem sein, man tut ja keinem Menschen etwas? Wenn jemand nach Österreich kommt, hat er sich hier anzupassen und wenn jemand nach Österreich kommt, hat er eine DNA-Probe abzugeben. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Was hat das mit der Realität zu tun?)*

Wenn ich nach Australien ziehe, dann habe ich mich auch dort anzupassen. Das ist eine ganz einfache Schlussrechnung. Wenn Sie sagen, die SPÖ und die FPÖ sind überaus schlimm, weil sie mehr Sicherheit fordern, dann sind Sie auf einem falschen Dampfer.

Aber das ist nicht mein Problem, sondern das ist Ihr Problem. Ich sage Ihnen auch, dass dieser Antrag, kein Erstaufnahmezentrum im Burgenland, schon vor einem Jahr von der FPÖ gestellt wurde. Jetzt kommt er von der SPÖ durch die Änderung des Raumplanungsgesetzes. Dann werden wir natürlich mitgehen. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist. Dass die Grünen natürlich drei Erstaufnahmezentren im Burgenland am liebsten hätten, das wissen wir ja. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Wo haben Sie das her?)*

Eines im Norden, eines im Süden und eines irgendwo noch. Aber, das wissen wir, das ist nicht unser Problem, sondern das ist Ihr Problem. Wir wollen das nicht! Wir wollen, dass jeder der nach Österreich kommt, sich anpasst. Wenn er sich nicht anpasst und wenn er straffällig wird, dann hat er sich zu verabschieden, weg, Punkt. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Sie behaupten, dass alle Asylanten kriminell sind!)*

Da gibt es keinen Beistrich. Wenn er gewalttätig ist, so wie der 14-Jährige in Eisenstadt, dann ist er zu nehmen und wegzuschieben, Punkt. Da gibt es keinen einzigen Beistrich. Wenn er gewalttätig ist, hat er hier nichts verloren!

Das ist die freiheitliche Intention und das werden wir noch mehr spielen, als Ihnen das Recht sein wird. Aber es ist mir auch wurst, was Sie sich dabei denken, sondern das ist unser freiheitlicher Weg. Und diesen freiheitlichen Weg, den werden wir weiter gehen.

Ich sage Ihnen noch eines, ich bin auch dafür, dass es im Burgenland - auch weil jetzt das Polizeistrafgesetz verhandelt wird - wichtig wäre, ein Heimatschutzgesetz zu

machen, so wie das Polizeistrafgesetz. Ein Heimatschutzgesetz, wo das Delikt „Anpassungsverweigerung“ eine Verwaltungsstrafe nach sich ziehen soll.

Wenn sich jemand nicht anpasst und wenn er sich nicht nach den Richtlinien hält, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Woran soll er sich anpassen, an Ihr Bildungsniveau?)* soll es auch eine Verwaltungsstrafe geben. Genauso wie es derzeit für jeden Burgenländer eine Störung der Ordnung gibt, eine Anstandsverletzung.

Das gibt es derzeit. Derzeit kann jeder Polizist jeden Burgenländer dafür strafen, wenn eine Störung der Ordnung oder eine Lärmerregung und so weiter gegeben ist.

Genau deshalb muss es auch ein Anpassungsgesetz geben. Derjenige der bei uns wohnen will und leben möchte, hat sich auch nach dem Brauchtum zu richten und auch nach den Gepflogenheiten. Das wollen wir und man kann, genauso wie man einen Burgenländer straft, das jedem anderen zumuten. Das werden wir auch natürlich voran treiben.

Eines darf man ja auch nicht vergessen. Die Wiener Polizei zum Beispiel, rekrutiert jetzt Migranten in Hülle und Fülle. Das heißt, jeder der Migrant ist, wird bevorzugt. Nicht der Österreicher oder der Burgenländer kann zur Polizei gehen, sondern die Migranten werden bei der Wiener Polizei bevorzugt.

Wenn Sie das auch für gut heißen, dann verstehe ich die Welt sowieso nicht mehr. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das sind österreichische Staatsbürger!)* Aber wie gesagt, das ist natürlich Ihre Denkrichtung und Ihre Ausrichtung.

Ich sage, zuerst soll der österreichische Staatsbürger in der Wiener Polizei und auch in der burgenländischen Polizei beschäftigt werden und dann sollen die Migranten kommen, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das sind österreichische Staatsbürger!)* wenn dann nicht mehr die Möglichkeit ist. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Sie lügen hier! Sie lügen hier etwas vor!)* Lügen nicht... *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Natürlich!)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Bitte nehmen Sie sich etwas zurück. „Lüge“ ist kein Begriff den wir hier normalerweise verwenden. *(Abg. Ilse Benkö: Das gibt einen Ordnungsruf!)*

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ) *(fortsetzend)*: Vielleicht, Herr Kollege Vlasich, das Wort Migranten brauche ich Ihnen nicht erklären. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das sind österreichische Staatsbürger!)* Trotzdem sind das Migranten, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Ich bin auch ein Migrant! Vor 500 Jahren eingewandert!)* um in aller Ruhe die Geschichte weiter zu erzählen.

Wichtig ist natürlich, dass Ihr Grünen - und Ihr müsst auch dabei bleiben - Grenzen auf, Ausländer rein, Asylzentrum schaffen im Burgenland. Das ist die Grüne Politik und dafür steht Ihr und das ist okay. Das soll so sein, das ist nicht mein Problem, das ist Ihr Problem. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Sie reden soviel Unsinn! Das hält kein Mensch mehr aus!)*

Aber wenn ich zu den heutigen Anträgen weiter komme, da gibt es heute einen Sicherheitsantrag, einen der SPÖ und einen Sicherheitsantrag seitens der ÖVP. Was mir auffällt, es gibt wieder das Hickhack von SPÖ und ÖVP. Das heißt, die SPÖ stellt Forderungen an die Frau Ministerin Fekter und die ÖVP stellt Forderungen an den Herrn Minister Darabos.

Wenn man diese beiden Anträge hernimmt, dann sind alle beiden Anträge gleich, nur umgedreht. Der eine Antrag von der ÖVP, da muss man direkt überlegen, geht im militärischen Bereich sozusagen mit Forderungen gegen Darabos, mit ungefähr der

gleichen Auflistung, der andere Antrag der SPÖ, geht in Richtung Fekter, in Richtung Polizei, weil das ein schwarzes Ministerium ist.

Das ist genau wieder das Hickhack. Das heißt, man versucht eigentlich nur mehr populistische Anträge einzubringen. Man versucht eigentlich nur mehr das Hickhack zu verstärken. Deshalb wird es umso wichtiger sein, diesem Proporz wirklich ein Ende zu schaffen, auch im Sicherheitsbereich.

Herr Kollege Vlasich, da können Sie lachen drei Tage lang, Sie können sich am Rücken werfen und zappeln, am Bauch werfen, alles können Sie machen. Auch Männchen können Sie machen. Faktum ist, wir Freiheitliche bleiben auf unserem konsequenten Weg in der Ausländerfrage und auch natürlich in der Sicherheitsfrage. *(Beifall bei der FPÖ)* Egal, wie Sie sich auch hier in diesem Bereich bewegen.

Eines gebe ich noch mit, weil es auch interessant ist, Herr Abgeordneter Vlasich, weil es natürlich einen Themenbereich betrifft, den wir auch nicht vernachlässigen dürfen. Es gibt den Entwurf des neuen Volksgruppengesetzes und das ist ja jetzt sozusagen Ihr Ressort.

Im neuen Volksgruppengesetz heißt es im § 1 Abs. 2: Volksgruppen im Sinne dieses Bundesgesetzes sind in Teilen des Bundesgebietes wohnhaft und über mehrere Generationen ansässige Gruppen österreichischer Staatsbürger mit nicht deutscher Muttersprache und eigener Kultur.

In den Erläuterungen wird klar gestellt, dass der Begriff in Zukunft auch von weiteren Gruppen österreichischer Staatsbürger erfüllt werden könnte, wenn alle Kriterien erfüllt sind. Das ist ein deutlicher Fingerzeig, beispielsweise Richtung eingebürgerter Türken. Das ist einfach so, diese befinden sich in derzeit dritter Generation im Land und können nach Novellierung den Status einer österreichischen Volksgruppe beantragen.

Das heißt, das ist das neue Gesetz, das kommt, die Volksgruppen werden mehr. Demnächst wird es auch türkische Volksgruppen geben. Sie wissen, was das heißt, bis hin zur türkischen Sprache und so weiter und so fort.

Auch das lehnen wir ab. Aber das ist ja wahrscheinlich auch etwas Neues. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Was lehnen Sie nicht ab?)* Auch das lehnen wir ab. Was wir unbedingt wollen, *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Ihr seid ja gegen alles! – Abg. Ilse Benkö: Gegen alles nicht!)* habe ich jetzt schon ausreichend angeführt.

Wir wollen eine Stärkung der Sicherheit! Wir wollen mehr Kriminalpolizei, wir wollen eine definitive Ausrichtung in Bekämpfung organisierter Kriminalität und das geht nur mit mehr Kriminalpolizei. Das geht nicht mit Streifen ohne Ende, mit Verkehrsstreifen ohne Ende, das ist damit nicht möglich.

Der Täter kommt nicht zur Verkehrsstreife und sagt, ich bin es, nimm mich bitte fest, sondern wir brauchen eine Kriminalpolizei, nicht nur im Norden und im Süden, sondern wir brauchen auch eine Kriminalpolizei in den Bezirken, die eigenständig arbeiten kann und nicht einem Bezirkspolizeikommando unterstellt ist. Das ist die Ausrichtung, die Intention und die Wichtigkeit überhaupt, um unsere Sicherheit hoch zu halten. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Ing. Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Tagesordnungspunkt behandelt die Vorlage 19 - 789, wo Begriffe im Sicherheitspolizeigesetz mit einer Novelle angepasst werden sollen, Zollrechts-Durchführungsgesetz und im Burgenländischen Landes-Polizeistrafegesetz. Ich darf vorweg sagen, dass wir diesem Tagesordnungspunkt deshalb zustimmen, weil die Notwendigkeit gegeben ist, da durch die Zusammenlegung der damaligen Wachkörper Zollwache, Gendarmerie und Polizei zu einem Wachkörper, ganz einfach die neuen Begriffe in diesem Gesetz angepasst werden.

Wir haben aber auch vereinbart, dass wir die Tagesordnungspunkte 14 und 15 gleich unter diesem Tagesordnungspunkt debattieren, deshalb die Debatte zur Sicherheit. Ich gebe dem Kollegen Tschürtz nur in einem Punkt Recht, nur in einem: Die Fremdengesetze, so wie sie von Frau Bundesministerin Fekter vorgelegt wurden, sind Gesetze, die der Nationalrat beschlossen hat. Sie sind gute Gesetze, weil sie Jene, die rechtmäßig hier bei uns im Land leben, stärken.

Jeder der hier bei uns ist, ist unter irgendeinem Aufenthaltstitel da. Alles andere muss durch diese Gesetze geregelt werden. Das dazu. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich unterstreiche aber auch den Satz, den der Herr Kollege Vlasich zu Beginn gesagt hat: Sicherheit, dieser umfassende Begriff, wird von den Menschen so gesehen, dass die Sicherheit am Arbeitsplatz als das höchste Gut gesehen wird.

Unterstreiche ich dreimal. Sicherheit ist ein Gefühl, nicht nur die Sicherheit vor Kriminalität, sondern insgesamt ein sich Wohl fühlen, sicher fühlen, sagt ja schon das Wort. Sicherheit bei Katastrophen, die Sicherheit, dass mir geholfen wird, wenn ich krank bin, dass ich eine soziale Sicherheit habe. All das fällt unter diesen Begriff und ein kleiner Bereich ist auch die Sicherheit vor Kriminalität.

Alle die sich in dieser Debatte zu Wort melden, meine Damen und Herren, tragen hohe Verantwortung, weil sie nicht nur die objektiv messbaren Daten, sondern auch die subjektiven Dinge hier ansprechen. Daher tragen alle, die sich in dieser Debatte zu Wort melden, hohe Verantwortung.

Ich weiß schon, wir sind jetzt ein Jahr vor einer Landtagswahl, wir stehen eineinhalb Monate vor Personalvertretungswahlen im öffentlichen Dienst, im Bereich der Polizei. Trotzdem müssen wir uns bemühen, diese wichtige Angelegenheit sehr seriös zu diskutieren.

Alle Zahlen im Bereich der Kriminalität zeigen uns, dass die Kriminalität rückläufig ist. Sie ist vor allem rückläufig, seit unsere Nachbarn bei der EU sind. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen ist aber eigentlich eines, das zurückgeht. Daher müssen wir uns auch fragen, warum da so ist.

Wir wissen, dass Vieles im Bereich der Sicherheit auf politischer Ebene gelöst werden muss. Nicht nur ausschließlich durch die Polizei. Wobei Sicherheitsbehörden ganz andere sind, nämlich die Bürgermeister, der Bezirkshauptmann, der Sicherheitsdirektor.

Das sind die Sicherheitsbehörden. Sicherheit kann nur grenzüberschreitend funktionieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist nicht hilfreich, wenn hohe und höchste Repräsentanten Signale an unsere Nachbarn senden, die alles andere als eine gute nachbarschaftliche Beziehung fördern.

Wir müssen nicht Barrieren aufbauen, sondern Straßen öffnen, die aber dann auch überwachen. Nicht den Grenzbalken bewachen, sondern die Region überwachen. Das ist unser Zugang und das ist das fachlich richtige Konzept, mehr sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Europa schützt seine Bürger. Europa schützt! Die letzten Europawahlen haben gezeigt, dass den bürgerlichen Parteien bei der Lösung dieser anstehenden Probleme mehr Kompetenz zugetraut wird, als linken Sozialromantikern.

Die Wahlergebnisse haben das gezeigt, dass bürgerlichen Parteien Problemlösungen eher zugetraut werden. Wenn Sie sich das Schengen-Informationssystem anschauen, dass jeder Polizeibeamte, der in diesen Computer hineinschaut, eine Fülle von Informationen abrufen kann.

Wir sehen es an der Grenze, was hier entlang der Ost-Autobahn tagtäglich an Aufgriff ist, nicht weil der Grenzbalken bewacht wird, sondern weil die Region überwacht wird. Die Polizeikooperationszentren in Kittsee, in Nickelsdorf, in Dolga Vas, in Slowenien, das ist es, was wir brauchen.

Wir brauchen diese nachbarschaftlichen Beziehungen, diese gemeinsamen Überwachungen der Frontex, um die Außengrenzen der EU hin zur ukrainischen Grenze zu Russland, das wird uns das sichern, meine sehr geehrten Damen und Herren. Fachlich richtige Antworten auf das neue Bedrohungsbild.

Wenn hier da polemisch gesagt wird, so und so viele Beamte müssen aus dem Burgenland dienstzugeteilt werden, ja es waren 91 für drei Monate. Wir wissen das, derzeit sind 22 dienstzugeteilt zu einer Sonderkommission. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch das ist zweischneidig.

Reden Sie einmal mit den Beamten, die wollen schon auch ein Geld verdienen. So wie Sie das oft darstellen, manche in diesem Haus darstellen,... *(Abg. Ewald Gossy: Das stimmt überhaupt nicht, es gibt welche die warten drei Monate, die bekommen überhaupt nichts! Für die ist das ein Minusgeschäft!)* Sie sind Gewerkschaftsfunktionär, Sie sehen das anders.

Ich sage Ihnen, Leute wollen etwas leisten, Leute wollen etwas arbeiten, sie wollen dafür aber auch gerecht entlohnt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Fachlich richtige Antwort, ich bedanke mich beim Werner Gradwohl, Obmann der Kommunalakademie der ÖVP, der Sicherheitsmessen organisiert, der den Menschen zeigt, dass man mit wenigen Dingen auch ein weit Mehr an Sicherheit bekommen kann, als diese wenigen Euro Investition, die manches hier kostet.

Ihr Zugang von der SPÖ-Seite zu Überwachungen ist schon ein eigener, wenn ich mir nur die 17 Kameras im 1.Stock im Landhaus ansehe, wo eine Kamera direkt auf das Buffet gerichtet ist, wo vor dem ÖVP-Landtagsklub zwei Kameras sind, damit man sieht, wer hinein geht. Ich weiß schon, dass die Kameras derzeit abgedreht sind.

17 Kameras, meine sehr geehrten Damen und Herren. Jetzt kommt der Weltspartag - *(Allgemeine Unruhe und Zwiegespräche in den Bänken)* wenn Sie die Banken besuchen, schauen Sie in einen Kassenraum, ob Sie irgendwo 17 Kameras sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt weit mehr an Gefährdungspotenzial in Eisenstadt, als die Burgenländische Landesregierung. Bei allem Verständnis, was Sie machen wollen, ist überwachen.

Es hat Ihnen im Bundeskanzleramt der Datenschutzbeirat diese Sache abgedreht, denn es sind solche Überwachungskameras meldepflichtig und Aufzeichnungsmöglichkeiten bewilligungspflichtig.

Die Aufzeichnungsanlagen waren in Betrieb, sie waren nicht nur nicht bewilligt, sie waren nicht einmal gemeldet, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das ist der Zugang, den manche anscheinend zur Sicherheit haben - überwachen, überwachen, überwachen, George Orwell, schau owa! -, der war eigentlich ein Waisenknabe dagegen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es kann aber auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein, wie der Herr Landeshauptmann bei einer Pressekonferenz mit zwei Bezirkshauptleuten gesagt hat, dass pensionierte Gendarmen und Jäger in den Gemeinden für Sicherheit sorgen sollen, in einer Art Bürgerwehrmanier, das lehnen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, entschieden ab, hier gibt es andere Strukturen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zum Bundesheer. Wir haben einen entsprechenden Antrag hier eingebracht. Ich habe persönlich als ehemaliger Berufsoffizier ganz einfach ein Problem damit, dass der Verteidigungsminister Zivildienner ist. Ich habe ein Problem damit, gut, aber er hat ja auch auf politischer Ebene die notwendigen Voraussetzungen sicherzustellen. *(Abg. Ewald Gossy: Wenn Du keine anderen Probleme hast!)*

Ich sage aber auch dazu, dass wir den Staat nicht aufrechterhalten könnten, hätten wir nicht die Leistungen der Zivildienner in den verschiedensten Organisationen, wo sie tagtäglich wertvolle und unverzichtbare Arbeit leisten. Aber ob das gerade der Verteidigungsminister sein muss, das lasse ich ganz einfach dahingestellt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir erwarten aber vom Verteidigungsminister, dass er das, was seine Vorgänger dem Burgenland vertraglich zugesichert haben, dass er das auch auf Punkt und Beistrich einhält. *(Abg. Ewald Gossy: Das ist der Unterschied. Ihr besprecht es, wir halten es! So ist es!)*

Es gibt einen Vertrag, den der damalige Bundesminister Platter unterzeichnet hat, der Landeshauptmann Niessl und der Landeshauptmann-Stellvertreter. Dieser Vertrag war den Vertragspartnern so wichtig, dass sie nicht nur eine Seite, sondern jede einzelne Seite unterzeichnet haben. *(Abg. Ewald Gossy: Das hast Du schon das letzte Mal gesagt!)*

Auf der letzten Seite steht klar, dass man die Gesamtzahl, der im Burgenland vorhandenen Arbeitsplätze beim Bundesheer, mit rund 950 nahezu unverändert belässt. Wir sind derzeit unter dieser Zahl von 950, nahezu, weiß ich schon, ist nicht sehr genau 950, aber hier erwarten wir, dass der burgenländische Verteidigungsminister darauf achtet, dass diese Zahlen auch eingehalten werden.

Wir freuen uns, dass nunmehr endlich in Güssing ein Spatenstich für den Neubau der Kaserne stattfinden kann. Ich weiß, er war geplant, aber aufgrund eines tragischen Unfalls, ein Schießunfall, ist dieser damalige Festakt Spatenstichfeier verschoben worden. Er findet jetzt am kommenden Samstag statt.

Schlussendlich müssen wir diese Infrastruktur im Bereich der militärischen Bauten weiterführen, endlich einmal beginnen, und auch am Truppenübungsplatz Bruckneudorf das so entsprechend in die Wege leiten, dass jene Kadetsoldaten, die derzeit aus dem Bereich Nordburgenland tagtäglich, weil keine Unterkunft vorhanden ist, nach Korneuburg und Klosterneuburg fahren müssen, hier wieder vor Ort ihren Dienst versehen können, meine sehr geehrte Damen und Herren.

Das ist unser Ziel. Das bringen wir auch in einem entsprechenden Antrag so zum Ausdruck.

Ich habe schon kurz angesprochen: Wer ist denn für Sicherheit verantwortlich? Das ist ja nicht der Polizist alleine. Der Bürgermeister ist Sicherheitsbehörde in den Gemeinden, im Bezirk der Bezirkshauptmann und der Sicherheitsdirektor im Land.

Und jeder Bürgermeister muss sich fragen, weil ich hier oft Pressekonferenzen sehe, dass manche Bürgermeister hier Bürgerforen und manche Dinge fordern, was habe ich, ich bin kein Bürgermeister, aber jeder Bürgermeister muss sich fragen, was habe ich als Bürgermeister getan, um die Sicherheit in meiner Gemeinde zu erhöhen? Wie oft habe ich den kriminalpolizeilichen Beratungsdienst für meine Gemeinde angefordert? Wie oft habe ich den Bürgerinnen und Bürgern Informationen über Sicherheitsmaßnahmen gegeben? Wie oft habe ich über technische Sicherungen gesprochen? Wie oft habe ich darüber informiert? Viele solche Fragen gibt es, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben im Nordburgenland ein großes Problem. Ein großes Problem deshalb, weil wir hier in der Nähe von zwei Metropolen sind. In der Nähe der Metropole Wien und in der Nähe der Metropole Bratislava.

Ich lade Sie ein, mit mir drei einfache Divisionen durchzuführen. Dividieren Sie 280.000 Burgenländer - Einwohner - durch 6.900 von Jänner bis September angezeigte Fälle. Die Schüler würden das sofort haben. Sie kommen auf etwas mehr als 40. Das heißt, auf 40 Burgenländer kommt eine Anzeige, von Jänner bis September im heurigen Jahr.

Dividieren Sie 350.000 Vorarlberger durch 17.000 angezeigte Fälle von Jänner bis September, kommen Sie auf 20. Das heißt, 20 Vorarlberger haben im heurigen Jahr eine Anzeige gemacht. Die Kriminalität beziehungsweise die angezeigten Fälle sind doppelt so hoch in Vorarlberg als im Burgenland.

Dividieren Sie 1,8 Millionen Wiener durch 173.000 angezeigte Fälle von Jänner bis - kommen Sie auf zehn, elf, gut, 10,6. Das heißt, in Wien ist die Kriminalität viermal so hoch als im Burgenland.

Die Aufklärungsquote ist zwar ein wichtiger Indikator über die Arbeit der Exekutive, die liegt hier in Österreich bei rund 50 Prozent, die Vorarlberger auf 54, Oberösterreich und Burgenland 50,4 Prozent am zweiten Platz ex aequo. In Wien ist es unter 30 Prozent, 29 Prozent. Das ist aber ein Indikator für die Arbeit der Exekutive. Für den Anfall der Kriminalität ist die Sache, die ich hier in objektiven Zahlen gesagt habe, eigentlich entscheidend.

Wir wissen schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zahl der Anzeigen steigt ständig. Warum steigt sie ständig? Sie muss steigen, weil wir vor zehn, 15 Jahren kein einziger ein Handy hatten und wir haben es ja nicht verlieren können, weil wir keines hatten, aber wenn wir es heute verlieren, dann müssen wir eine Anzeige machen, um die entsprechenden rechtlichen Dinge zu regeln. Wir müssen, wenn uns jemand eine Fensterscheibe zusammenhaut, eine Anzeige machen, damit es die Versicherung zahlt. Und wenn dir jemand eine Kreditkarte stiehlt, oder wenn du sie nur verlierst, musst du eine Anzeige machen, damit du auch rechtlich die entsprechenden Dinge machen kannst.

Das heißt, nur die Zahl der Anzeigen für ein Verschlechtern der Kriminalität heranziehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht korrekt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir haben ein Problem in der Nähe der Metropolen, das dürfen wir nicht unterschätzen, im Nordburgenland vor allem, weil wir die Wien- und die Bratislavametropole vor uns haben.

Die Polizei hat darauf reagiert, fachlich richtige Konzepte, man hat Deutsch Jahrndorf entsprechend aufgestockt, um den Grenzraum zu überwachen, nicht den Grenzbalken.

Ich sage es noch einmal, tut mir sehr leid, dass bei Versetzungen die Zuständigkeiten so geregelt sind, dass der Herr Landeshauptmann zustimmen muss, seit eineinhalb Monaten sollte versetzt werden, ein zusätzlicher Polizist nach Kittsee, erst jetzt konnte das über die Bühne gehen, sodass mit ersten November, wenn es nach der Polizei gegangen wäre, *(Abg. Matthias Gelbmann: Der ist schon seit zwei Monaten dienstzugeteilt! Das weißt Du aber schon!)* wäre das schon vor eineinhalb Monaten über die Bühne gegangen. Die Versetzung kann leider mit ersten November erst über die Bühne gehen. *(Abg. Ewald Gossy: Dienstzugeteilt, dass er mehr Geld kriegt.)* Herr Kollege Gelbmann, Sie wissen das genauso gut wie ich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insgesamt freue ich mich, dass wir mit der Exekutive und vor allem mit der Innenministerin Garanten haben, die für unser aller Sicherheit sorgen.

Wir haben das auch in unseren Anträgen entsprechend dargestellt. Wir werden uns daher bei den Tagesordnungspunkten 14 und 15 so verhalten, wie ich das angekündigt habe, nämlich beim Tagesordnungspunkt 15 bei unserem eigenen Antrag, die die SPÖ im Ausschuss abgeändert hat, unseren ursprünglichen Antrag wieder als Abänderungsantrag einbringen.

Dem Tagesordnungspunkt 2 werden wir zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Stacherl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Willibald Stacherl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs ganz kurz nur auf die letzte Aussage von Klubobmann Strommer eingehen. Er sagt wieder einmal, wie so oft, die Halbwahrheit. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was?)*

Dieser besagte Kollege, dass wissen Sie genau, ist seit drei Monaten bereits dort dienstzugeteilt, versieht also dort den Dienst, nur die offizielle, wird erst mit ersten November, also, das sollten Sie dazu sagen, Herr Klubobmann, um der Wahrheit gerecht zu werden. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wir können ja wieder eine Zuteilung ... - Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Die gemeinsame Diskussion der Tagesordnungspunkte 2, 14 und 15 mit dem Themenschwerpunkt Sicherheit ist einerseits logisch, andererseits lassen sich aber große Widersprüche bei den einzelnen Punkten erkennen.

Zum einen geht es beim Tagesordnungspunkt 2 im Wesentlichen um eine Anpassung von landesrechtlichen Vorschriften betreffend die im Jahr 2005 durchgeführten Sicherheitsgesetznovelle. Diese Novelle war mehr oder weniger der Schlusspunkt einer von der schwarz-blauen Bundesregierung ab dem Jahr 2000 mit Vehemenz betriebenen Zerschlagung eines gut funktionierenden Sicherheitsapparates. Und das aus rein parteipolitischen Motiven.

Es wurden rund 3.100 Beamte bei der Exekutive abgebaut. Bundesweit wurden 119 Gendarmerieposten geschlossen, elf davon im Burgenland.

Die Punkte 14 und 15 beschäftigen sich mit den negativen Folgen dieser unglaublichen Vorgangsweise der ÖVP-Innenministerin.

Ganz Österreich, insbesondere das Burgenland, bekommt das volle Ausmaß der seit dem Jahr 2000 betriebenen Kürzungspolitik der Innenministerin zu spüren. Gab es

damals rund 493.000 Straftaten, waren es 2008 knapp 580.000. Also um fast 20 Prozent mehr.

Ich frage mich daher, wie der Herr Kollege Vlasich oder der Herr Kollege Strommer darauf kommt, dass die Kriminalität sinkt. Sie ist um 20 Prozent höher als im Jahr 2000, 1999. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: 2000! – Abg. Maga. Margarethe Krojer: Seit 2002 sinkt sie. Von 11.000 auf 9.000.*) Da kann man nicht sagen, die Kriminalität sinkt. Ich meine, das sind die Zahlen, die feststehen. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: 4,2 Einbrüche pro Woche!*)

Und ich frage daher auch, wenn der Herr Klubobmann Strommer sagt, der Kollege Gradwohl führt Sicherheitsmessen durch, warum macht er das, wenn ohnehin alles in Ordnung ist, warum macht er Sicherheitsmessen? Ist ja alles paletti. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Nein! In diesem Bereich haben wir eine Steigerung. Bei der Einbruchskriminalität! Das weiß doch jeder!*)

Laut aktueller Kriminalitätsstatistik ist im Burgenland die Zahl der strafbaren Handlungen von Jänner bis September 2009 um 2,1 Prozent gestiegen. (*Abg. Maga. Margarethe Krojer: Im Vergleich zum Vorjahr ist sie niedriger.*) 6.979 Fälle wurden angezeigt. Ein besonders starkes Plus gab es bei den Einbruchsdelikten. (*Zwiegespräche in den Reihen*)

In Anbetracht dieser dramatischen Entwicklung ist es absolut unverantwortlich, dass Innenministerin Fekter den Sicherheitsabbau im Grenzraum fortsetzt. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Stimmt doch nicht!*) Rund 290 Planstellen bei der Exekutive im Burgenland, nach Pensionierungen, Versetzungen und Dienstzuteilungen, wurden von ihr bis heute nicht nachbesetzt.

Beim gescheiterten Projekt der SOKO-Ost hat sie weitere 90 Planstellen aus dem Burgenland nach Wien zugeteilt, jetzt sind es nur mehr 22.

Und sogar die Verlängerung des Bundesheerassistenzeinsatzes stellt sie in Frage. Sie will diesbezüglich eine Umfrage starten. Ich meine, dieses Geld kann sie sich sparen, denn die burgenländische Bevölkerung steht voll hinter diesem Assistenzeinsatz. Jeder bürgernahe Politiker weiß das ohne Umfrage. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Die verhindern keine Kriminalität.*)

Nur die ÖVP Burgenland steht hier wieder voll daneben. Für sie ist im Bereich Sicherheit alles paletti.

Seit Jahren wird die Kürzungspolitik schwarzer Innenminister von der ÖVP Burgenland bedingungslos akzeptiert und verteidigt. Die Achse Fekter - Steindl ist damit zu einem echten Sicherheitsrisiko für das Burgenland geworden.

Da lobe ich mir den Vorsitzenden der Bundes-FPÖ. Er zeigt sich erschüttert über den neuerlichen Anstieg der Kriminalität in Österreich. Für ihn ist das einmal mehr ein Beleg für das Versagen sowohl der Bundesregierung sowie der Sicherheitspolitik von Innenministerin Fekter. Er fordert mindestens 3.000 zusätzliche Polizisten.

Meine Damen und Herren! Sie fragen sich sicher auch, ist ein Wunder passiert? Hat sich dieser Herr plötzlich vom Saulus zum Paulus bekehrt oder sind das bereits erste altersbedingte Gedächtnislücken, die zu diesem Sinneswandel führten?

War es nicht er, der während der schwarz-blauen Regierungszeit an massiven Einsparungen bei der Polizei federführend beteiligt war? Jetzt Maßnahmen gegen das gesunkene Sicherheitsniveau zu fordern, das er selbst mitzuverantworten hat, ist mehr als ungläubwürdig.

Und wenn jetzt dieser FPÖ-Bundesobmann die Zuwanderer- und Einbürgerungspolitik kritisiert, dann lohnt sich auch hier ein Rückblick auf die Zeit, wo die FPÖ in der Bundesregierung war. Im Jahr 1999 lag die Zuwanderung bei 19.787 Personen. Es ist der FPÖ gelungen, das Salto 2004 und 2005 auf jeweils 50.000 Personen zu steigen. (*Abg. Gerhard Pongracz: Ein Wahnsinn!*) Das ist ein Rekord in der Geschichte der Zweiten Republik.

Wie sieht es bei den Einbürgerungen aus? Laut Statistik Austria gab es im Jahr 1999 17.786 Einbürgerungen. Im Jahr 2000 waren es schon 24.300, 2001 31.731 und 2005 34.876 Einbürgerungen.

Das war doppelt so viel, wie unter einem SPÖ-Bundeskanzler.

Ich weiß schon, der Herr Klubobmann Tschürtz ist leider nicht hier. Diese Fakten sind für ihn und für die FPÖ Burgenland nicht angenehm, die FPÖ Burgenland, diese Vorgangsweise immer brav und widerspruchlos mitgetragen hat. Die FPÖ Burgenland ist daher für die schwierige Situation im Sicherheitsbereich voll mitverantwortlich.

Herr Präsident! Hohes Haus! Vom 21. bis 23. Oktober 2009 fanden in Saalfelden die 30. Österreichischen Sicherheitstage statt. Zukunftsentwicklungen der Kriminalität und mögliche Gegenmaßnahmen standen im Mittelpunkt dieser Tagung des Kuratoriums Sicheres Österreich.

Wir haben eine Kriminalität, wie wir sie noch nie in der Zweiten Republik gehabt haben, stellte Michael Sika, der Präsident des Kuratoriums Sicheres Österreich, anlässlich dieses Sicherheitstages fest.

Zu einem brisanten Ergebnis kommt eine Studie aus der Donauuni Krems, die zum Auftakt der Tagung präsentiert wurde. Einbrüche, Diebstähle, Überfälle und Betrügereien - die Kriminalität in Österreich wird in den nächsten zehn Jahren in diesen Sparten überdurchschnittlich steigen.

Das sagen Experten, meine Herren von den Grünen und von der ÖVP! Zwölf namhafte heimische Sicherheitsexperten, darunter Kriminologen, Psychologen, Ärzte, gaben diese Prognose ab - eine alarmierende Einschätzung.

Hohes Haus! Auch die derzeitige Wirtschaftskrise beeinträchtigt massiv die Sicherheit im Lande. Arbeitslosigkeit fördert die Bereitschaft, krumme Dinge zu drehen. Soziale Frustration entlädt sich im Vandalismus. So lauten die allgemeinen Wahrnehmungen der Experten.

Als Grund für die wachsende Kriminalität wird aber von den Experten auch der Personalmangel bei der Polizei seit Ende der 90er-Jahre angeführt.

Angesichts dieser düsteren Prognosen müssen wir im Burgenland sehr froh darüber sein, dass wir mit Bundesminister Darabos einen Verbündeten haben, der alles tut, um mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu gewährleisten. Er hat bei seinem Amtsantritt sofort verhindert, dass der Assistenzeneinsatz beendet wurde. Sein Vorgänger Platter hat ja bereits alle Weichen dafür gestellt.

Angesichts einer sich rapid verschlechternden Kriminalitätsstatistik sowie eines steigenden Sicherheitsbedürfnisses der burgenländischen Bevölkerung ist die Präsenz des Bundesheeres im Burgenland nach wie vor unverzichtbar.

Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bundesminister Darabos hat sich mit der Abgabe einer Personalstandsgarantie auch eindeutig für die Erhaltung der Arbeitsplätze im Burgenland ausgesprochen.

Somit sind ihre politisch motivierten Spekulationen, Herr Klubobmann Strommer, über einen drohenden Arbeitsplatzverlust nicht haltbar und unverantwortlich gegenüber den Dienstnehmern des Bundesheeres.

Auch der Weiterbestand des Militärkommandos Burgenland steht außer Streit. Der geplante Ausbau der Montecuccoli-Kaserne Güssing ist auf Schiene. Wie schon erwähnt, am kommenden Samstag erfolgt der Spatenstich. Damit steht den weiteren Realisierungen im Projekt nichts mehr im Wege.

In den nächsten Jahren werden über 40 Millionen Euro in den Ausbau und in die Modernisierung der Kaserne Güssing investiert. Sie wird eine Musterkaserne des Österreichischen Bundesheeres, und nach Fertigstellung werden über 700 Personen hier ihren Dienst versehen. Dafür gebührt unserem Burgenland-Minister Darabos ein herzlicher Dank! *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Auch der geplante Ausbau der Heerestruppschule in Bruckneudorf befindet sich bereits in der Realisierungsphase. Es werden hier alle Maßnahmen getroffen, um die Position der Heerestruppschule zu stärken und abzusichern sowie um für unsere Soldaten optimale Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Zusammenfassend geht es im Bereich Sicherheit darum, dass auch Frau Innenministerin Fekter - so, wie Bundesminister Darabos - ihren Beitrag zur Sicherheit der burgenländischen Bevölkerung leistet. Es geht darum, dass sie die 270 Planstellen im Burgenland so rasch als möglich nachbesetzt, dass sie ebenso wie Bundesminister Darabos eine Personalstandsgarantie abgibt. Das hat sie bis heute nicht. Herr Klubobmann, Sie könnten sich einmal bei ihr dafür aussprechen.

Und sie soll auch dafür sorgen, dass die Exekutivbeamten im Burgenland ihren Dienst verrichten können und sich so vor Ort der Eigentumskriminalität widmen.

Sie soll die Fortführung des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres außer Frage stellen, bis dauerhaft flächendeckende Sicherheitsstrukturen eingerichtet sind, welche die wirksame Eindämmung der Eigentumskriminalität garantieren.

Dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis der burgenländischen Bevölkerung Rechnung tragend, wird daher die SPÖ den Tagesordnungspunkten 2, 14 und 15 ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Redner hat sich Herr Landeshauptmann Niessl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst einige Feststellungen zu den Wortmeldungen.

Personalstandsgarantie, die haben wir vom Verteidigungsminister Norbert Darabos im Bereich des Österreichischen Bundesheeres. Norbert Darabos hat klipp und klar gesagt, dass 950 Dienstposten beim Österreichischen Bundesheer im Burgenland erhalten bleiben.

Wo wir keine Personalstandsgarantie haben, ist von der Frau Innenministerin. Wir fordern auch von der Frau Innenministerin, dass sie eine Personalstandsgarantie als ersten Schritt auch im Burgenland gibt, denn die Situation im Burgenland beim Personal ist teilweise dramatisch. Ich werde Ihnen das anhand von konkreten Zahlen auch beweisen.

Wir haben im Burgenland insgesamt in den Bezirken 1.456 Dienstposten systemisiert und 1.188 sind besetzt. Das heißt, wir haben ein klares Minus von 268

Dienstposten, die zwar am Papier vorhanden sind, davon haben wir aber nichts, aber die wurden durch Pensionierungen, Dienstzuteilungen und Ähnliches nicht nachbesetzt.

Ganz dramatisch, und das betone ich auch, ist die Situation im Bezirk Neusiedl. Genau dort, wo wir zwischen den Metropolen Wien und Bratislava liegen, hätten wir systemisiert 435 Dienstposten und tatsächlich besetzt 281 Dienstposten. Das ist ein Minus von 154 Dienstposten alleine in diesem sensiblen Bezirk Neusiedl.

Welche Auswirkungen hat das auf die Sicherheit? Wir haben eine sehr gute Aufklärungsquote im gesamten Burgenland, nämlich von 50 Prozent. Wir haben im Bezirk Neusiedl, wo die meisten Polizisten fehlen, die schlechteste Aufklärungsquote. Wie können auch die Aufklärungsquoten hoch sein, wenn die Polizisten fehlen, dann können sie nicht aufklären, auch wenn sie sich noch so einsetzen.

Wir haben im Burgenland eine Aufklärungsquote von 50,4 Prozent und im Bezirk Neusiedl eine Aufklärungsquote von 42,2 Prozent und einen Rückgang der Aufklärungsquote im vergangenen Jahr von Minus drei Prozent.

Damit sieht man den Zusammenhang. Weniger Polizei heißt weniger Aufklärungsquote! Heißt Ansteigen der Kriminalität!

Deswegen fordern wir die Nachbesetzung der Dienstposten, (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Outlet Center und Autobahn verursachen Kriminalität.*) eine Personalstandsgarantie beim Bundesheer und eine Personalstandsgarantie natürlich bei der Polizei. (*Beifall bei der SPÖ*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einbruchsdiebstähle in Einfamilienhäusern sind vom Jahr 2008 auf das Jahr 2009 von 112 auf 174 bis jetzt gestiegen. Das ist eine Steigerung von 55 Prozent. Die Menschen in den Gemeinden sind beunruhigt. Sie sagen, es hat noch nie eine so große Anzahl von Einbrüchen gegeben.

Ich war jetzt unlängst bei mir in der Stadtgemeinde Frauenkirchen unterwegs und es wurde mir gesagt, dass es jedes Jahr fünf bis sechs Einbrüche gegeben hat, dass es im heurigen Jahr bereits 20 Einbrüche gegeben hat.

Ja, wenn weniger Personal da ist, dann ist es nicht verwunderlich, wenn mehr eingebrochen wird.

Die Leute sind beunruhigt. Sie sind auf Deutsch gesagt angefressen, dass hier bei der Polizei und bei der Sicherheit gespart wird.

Das kann man auf Dauer nicht hinnehmen und deswegen die Forderung, was Norbert Darabos gemacht hat, die Personalstandsgarantie beim Bundesheer, das brauchen wir auch bei der Polizei: Personalstandsgarantie, Besetzen der Dienstposten, wir brauchen die 1.456 Dienstposten in den Bezirken als ersten Schritt. (*Beifall bei der SPÖ*)

Der zweite Punkt ist der Assistenzeinsatz. Auch hier eine klare Aussage und eine klare Stellungnahme dazu: Der Assistenzeinsatz ist eindeutig notwendig. Wir werden die letzten Zweifler davon überzeugen, dass der Assistenzeinsatz im Burgenland notwendig ist. In Zeiten, wo die Einbrüche steigen, wo die Aufklärungsquote sinkt, ist es ja denkunmöglich zu sagen, der Assistenzeinsatz soll ebenfalls abgeschafft werden.

Und ich darf Ihnen vom Österreichischen Bundesheer die aktuelle Statistik zeigen. Im Jahr 2008 hat es 396 Eingriffe der Soldaten des Österreichischen Bundesheeres gegeben, nämlich zu melden, zu helfen, anzuzeigen. Und das ist deutlich angestiegen im Jahr 2009, von 396 Fällen auf 682 Fälle.

Also insofern hat das Bundesheer nicht weniger zu tun, sondern deutlich mehr zu tun. *(Landeshauptmann Hans Niessl zeigt eine Statistik)* Das Blaue ist Niederösterreich, das Rote ist das Burgenland, also von 396 Fällen, wo das Bundesheer eingeschritten ist, ist es im heurigen Jahr auf 682 Fälle bereits gestiegen.

Also insofern, bei dieser Zahl daran zu zweifeln, dass der Assistenzeinsatz notwendig ist, das finde ich für ... *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Herr Landeshauptmann, wo sind sie denn eingeschritten? Tür war offen, Fenster war offen.)*

Schauen Sie, ich würde nicht so leichtfertig damit umgehen, denn die Menschen sind froh, dass das Österreichische Bundesheer in den Gemeinden ist, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Aber gescheiter wären die Polizisten. Das sage ich Ihnen.)* und wenn sie 682-mal melden, dann ist das eine großartige Leistung der jungen Soldatinnen und Soldaten im Assistenzeinsatz. Als Burgenländer und als Landeshauptmann sage ich ein Danke an die Soldaten des Österreichischen Bundesheeres, die ja im Assistenzeinsatz sind. *(Beifall bei der SPÖ)*

Es geht uns um den Assistenzeinsatz, deutlicher Anstieg der Handlungen der Assistenzsoldaten. Das ist dokumentiert, das ist offizielle Statistik des Österreichischen Bundesheeres.

Es geht uns aber auch darum, dass sehr viel Geld für die Sicherheit in Bezug der Kasernen investiert wird. Wir machen den Spatenstich, 48 Millionen Euro in den Standort Güssing. Und es wird daran gearbeitet, dass im Frühjahr der Spatenstich für den Ausbau der Kaserne Bruckneudorf gemacht wird.

Damit werden unsere Standorte, ob das Bruckneudorf, Eisenstadt oder Güssing ist, einen modernen Zustand bekommen. Da werden die jungen Soldatinnen und Soldaten, die dort einrücken, zeitgemäß untergebracht sein. Sie werden bestens ausgebildet sein.

Sagen Sie mir einen Zeitraum, wo über 50 oder 60 Millionen Euro vom Österreichischen Bundesheer in der Vergangenheit, in den vergangenen Jahrzehnten investiert wurden? Und das, darum kümmert sich der Verteidigungsminister, der burgenländische Verteidigungsminister Norbert Darabos.

Es war nicht so einfach in dieser schwierigen Zeit, diese über 60 Millionen Euro für das Burgenland locker zu machen. Es war eine sehr, sehr harte Arbeit, das durchzukämpfen, auch über die entsprechenden Stellen, über die BIG und so weiter. Immerhin 60 Millionen Investitionen in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit, das stärkt auch die Regionalwirtschaft, das ist eine Investition für mehr Sicherheit im Burgenland, und da hat der Minister Darabos eine sehr gute Arbeit für das Burgenland geleistet. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der nächste Punkt ist „Nachbarschaftshilfe Sicherheit“. Da kann man natürlich leichtfertig sagen, was ist „Nachbarschaftshilfe Sicherheit“? Das ist etwas sehr, sehr Gutes und meine Überzeugung.

Warum ist es etwas Gutes? Wir haben in sehr vielen Bereichen Nachbarschaftshilfe, funktionierende Nachbarschaftshilfe. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Ja! Und das wird jetzt in den Dreck gezogen.)* Warum sollen nicht die Menschen bewusster durch die Gemeinde gehen? Warum sollen die Menschen in den Gemeinden nicht entsprechende Kurse besuchen, organisiert mit dem kriminalpolizeilichen Beratungsdienst? Das hat ja überhaupt nichts zu tun mit einer Bürgerwehr. Das hat überhaupt nichts zu tun mit dem Dorfsheriff. Das hat ausschließlich zu tun mit Prävention, *(Zwischenruf der Abg. Maga. Margarethe Krojer – Zwiegespräche in den Reihen)* mit offenen Augen durchzugehen, mit entsprechender Ausbildung.

Es werden genau jene eingeladen, die dafür zuständig sind, nämlich die Bürgermeister, die Bezirkshauptmannschaft und Sicherheitskräfte, die bestens ausgebildet und geschult sind.

Und dann sage ich: Was hat man gegen die Bürgermeister? Was hat man gegen die Bezirkshauptmannschaft? Was hat man gegen bestausgebildete und qualifizierte, zertifizierte Leute, die hier Kurse, Veranstaltungen, Abendveranstaltung für mehr Sicherheit in unseren Gemeinden machen?

Wir sagen, „Nachbarschaftshilfe Sicherheit“ ist ein richtiger Weg. Die Bezirkshauptmannschaften sind dabei, *(Abg. Christian Sagartz, BA: Aber dieser Weg öffnet auch andere ...)* die kompetenten Fachkräfte sind mit dabei und die Bürgermeister sind mit dabei.

Keiner will einen Sheriff, keiner will eine Bürgerwehr. Wir wollen mündige Bürger, die mit offenen Augen durchgehen, *(Abg. Christian Sagartz, BA: Aber dazu braucht es ...)* die sich im Bereich der Sicherheit auskennen, das ist „Nachbarschaftshilfe Sicherheit“. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend und zusammenfassend, wir treten dafür ein und haben sehr, sehr viel erreicht, weil der Assistenzeinsatz wäre schon aufgehoben gewesen.

Wir werden natürlich beim Österreichischen Bundesheer darauf achten, dass der Assistenzeinsatz weiterhin aufrecht bleibt, dass die Kasernen im Burgenland zügig ausgebaut werden und dass es eine Personalstandsgarantie gibt, die auch eingehalten wird. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das stimmt doch nicht.)*

Genau das, was für das Österreichische Bundesheer Bedeutung hat, hat natürlich auch für die Frau Innenministerin Bedeutung. Fordern Sie das einmal von der Innenministerin, und nicht von unserem Verteidigungsminister Darabos. Der Darabos hält das Wort, bei der Frau Ministerin warten wir noch darauf. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir werden auch nicht nachgeben und diese Forderungen auch in Zukunft zu stellen. Wenn wir nicht so hartnäckig gewesen wären, dann würde es mit der Sicherheit im Burgenland deutlich schlechter ausschauen.

Da würde es keinen Assistenzeinsatz mehr geben, dann hätten sie bereits noch mehr Polizei abgezogen. *(Abg. Christian Sagartz, BA: Vorarlberg!)*

Den Vergleich mit Vorarlberg und mit Wien, den können Sie machen, aber, nicht alles was hinkt ist ein Vergleich. Wir wollen die Soldaten. Wir brauchen die Polizisten und damit werden wir auch mehr Sicherheit im Burgenland erreichen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Redner hat sich Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mich deshalb zu Wort melden, weil der Herr Landeshauptmann soeben gesagt hat, der Assistenzeinsatz wäre schon eingestellt gewesen, wenn ihn der Herr Bundesminister Darabos nicht gerettet hätte. *(Landeshauptmann Hans Niessl: So ist es! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Herr Landeshauptmann weiß genau, *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das weiß ich ganz genau.)* dass ein Assistenzeinsatz des Bundesheeres von der Innenministerin oder vom Innenminister beantragt, *(Abg. Leo Radakovits: Keine Ahnung. Er muss von der Frau*

*Innenministerin beantragt werden. – Abg. Robert Hergovich: Was ist mit Eurem Glaser?) vom Ministerrat beschlossen und dann vom Bundesheer ausgeführt wird. (Allgemeine Unruhe - Abg. Leo Radakovits: Das ist ein Polizeidienst. Das ist ein reiner Polizeidienst! - Beifall bei der ÖVP)*

Das heißt, der Herr Bundesminister Darabos kann im Ministerrat mitstimmen oder nicht mitstimmen. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das wurde bereits gesagt.)*

Herr Landeshauptmann! Das Innenministerium wird einen Assistenzeinsatz anfordern oder nicht. Wenn er angefordert wird, wird der Ministerrat mit einem Ja oder mit einem Nein darüber entscheiden. Wenn der Ministerrat diesen Assistenzeinsatz beschließt, dann wird er auch fortgeführt werden und das Verteidigungsministerium hat die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. *(Abg. Robert Hergovich: Sind Sie nun dafür oder dagegen?)*

Assistenzeinsatz heißt, dass das Bundesheer den zivilen Behörden assistiert. So viel zum Assistenzeinsatz. *(Abg. Robert Hergovich: Sind Sie nun dafür oder dagegen?)*

Der Assistenzeinsatz ist in den letzten Jahren immer auf Antrag der ÖVP Innenminister im Ministerrat beschlossen worden. Die Entscheidung, ob die Innenministerin diesen Assistenzeinsatz wieder anfordert, macht sie ganz einfach von Erfahrungsberichten und von Umfragen abhängig.

Zu sagen, der Assistenzeinsatz wird nicht weitergeführt oder wird weitergeführt, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich und es ist auch nicht die Entscheidung des Herrn Bundesministers Darabos. *(Abg. Robert Hergovich: Noch einmal: Sind Sie nun für den Assistenzeinsatz oder dagegen?)*

Herr Landeshauptmann! Ich habe allerdings, was den Personalstand der Polizei im Burgenland betrifft, etwas andere Zahlen, als Sie, denn, laut meinen Informationen, sind 1.731 Dienstposten im Burgenland systemisiert. Tatsächlich wären 1.606 verfügbar. Dienstbar, das heißt wirklich im Burgenland da, wären, laut meinen Aufzeichnungen, 1.453.

Zugegeben, das war der Stand schon vor einem Monat. Die Differenz von den tatsächlich dienstbaren 1.453 und tatsächlich verfügbaren 1.606, die anwesend sein sollte, erklärt sich aus Karenz, Zuteilungen und Weiterbildungen. Wir haben nämlich immer mehr weibliche Personen bei der Polizei, die nach einer Mutterschaft in Karenz sind.

Viele sind auch in Bildungskarenz. In dieser Zeit kann der Dienstposten nicht nach besetzt werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Frau Landesrätin Verena Dunst: Frauenministerin!)*

Da bitte ich schon um Verständnis, dass solche Dinge im öffentlichen Dienst nicht funktionieren. Wir haben auch viele Personen, vor allem weibliche Personen, die nur 20 Stunden oder 25 Stunden Dienst verrichten. Deshalb ist dieser Unterschied möglicherweise erklärbar.

Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, sagen, dass so und so viele Polizeibeamte im Bezirk Neusiedl am See nicht nach besetzt sind, dann ist das aber nicht diese Zahl, die tatsächlich vorhanden ist, denn auch innerhalb des Burgenlandes gibt es Dienstzuteilungen. Es macht das Landespolizeikommando die jeweilige Situation im Kriminalitätsbereich davon abhängig, ob Zuteilungen auch innerhalb des Landes stattfinden.

Daher ist diese Zahl, die Sie genannt haben, nicht richtig. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Redner hat sich Landtagsabgeordneter Christian Illedits zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Klubobmann Strommer! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bitte.)*

Wenn Sie sich hier jetzt zu Wort melden und richtige Zahlen mit unrichtigen vertauschen, dann werden ihre Zahlen dadurch auch nicht richtiger. Das nur zum einen. *(Abg. Matthias Weghofer: Deine aber auch nicht.)*

Zum Zweiten sind diese Zahlen nicht Zahlen, die wir selbst irgendwo erfinden oder hinschreiben, *(Zwischenruf des Abgeordneten Johann Tschürtz)* sondern Zahlen, die wir von offizieller Stelle, nämlich, nehme ich an, auch von dort, wo Sie sie beziehen könnten, denn Sie haben einen direkteren Zugang, vom Innenministerium, bekommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, ich denke, die Zahlen, die der Herr Landeshauptmann genannt hat, denen können Sie ruhig Glauben schenken, auch wenn Sie in getreuer Pflichterfüllung ihrer Frau Innenministerin gegenüber hier immer wieder versuchen, und das ganze werden wir heute sicher nochmals bei der Asyldebatte hören, immer wieder das Parteiemblem dem Burgenlandrock näher zu rücken.

Uns sind die Menschen und die Anliegen der Menschen im Burgenland das Wichtigste, und nicht parteipolitische Überlegungen, Herr Kollege Strommer.

Die sollten Sie, wenn es um das Burgenland, um die Sicherheit, um die Bedürfnisse, um die Ängste der Menschen im Burgenland geht, endlich hintanstellen.

Ich glaube, das wäre ein Gebot der Stunde. Das sind wir den Menschen im Burgenland schuldig. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der Assistenzeinsatz! Auch das wird nicht wahrer, je öfter Sie das immer wieder versuchen, zu korrigieren. Das haben wir alles gewusst. Sie versuchen uns hier etwas zu erklären. Natürlich wissen wir, wie das Prozedere funktioniert, und dass das Innenministerium, deshalb heißt es Assistenz, nämlich, die Unterstützung, anfordern muss.

Alle, die politisch interessiert sind, aber auch diejenigen, die sich mit dieser Thematik befasst haben, wissen, dass der Minister Platter das Ganze, nicht nur in der Schublade, sondern eigentlich griffbereit entweder ganz abschaffen oder *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wie bitte?)* auf die Hälfte und dann in weiterer Folge reduzieren wollte. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Jetzt haben wir ein Drittel bei Herrn Darabos.)*

Ganz klar, bei unserem Bundesminister Darabos haben Sie das nicht bekommen, weil jetzt können Sie das nicht wieder so gebrauchen, dass Sie sagen: Im Ministerrat wird das beschlossen und der Darabos kann das nur tun, was er bekommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum anderen wissen Sie, dass eine Reduktion zweifelsohne schon vorgelegen ist. Ihren Nationalratsabgeordneten Glaser haben Sie entweder nicht im Griff oder er sagt das, was Sie sich hier nicht zu sagen getrauen.

Dann gibt es auch noch einen Kollegen in Vorarlberg, der dasselbe sagt, nämlich: Abschaffen des Assistenzeinsatzes im Burgenland! Nicht nur den in Vorarlberg!

In Ordnung, das ist weit weg. Aber der Süden ist uns wichtig, und der ist nicht weit weg. Aber auch da sagt anscheinend der Kollege: Ihm ist der Assistenzeinsatz uninteressant, er gehört abgeschafft.

Hier teilen Sie nicht die Meinung der burgenländischen Bevölkerung. Sie können ihre Umfragen hernehmen, Sie können unsere Umfragen hernehmen, Sie können in der Kronen Zeitung, aber auch in anderen Medien die Umfragen lesen: 70, 80 Prozent der burgenländischen Bevölkerung sagen, dass ihnen der Assistenzeinsatz sehr wichtig ist.

Der Herr Landeshauptmann hat die Zahlen, wo nämlich die Assistenz wirklich in ihrer tatsächlichen Funktionalität greift, genannt. Diese Zahlen werden Sie hoffentlich nicht in Abrede stellen.

Herr Kollege Vlasich! Sie können dies noch immer bagatellisieren und versuchen, lächerlich zu machen, denn eine offene Tür zu melden, ist allemal Unterstützung im sprichwörtlichsten Sinne. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das ist Faktum!)*

Wenn Sie das jetzt wirklich bagatellisieren, dann sind Sie auch mit dabei bei denen, denen Sicherheit doch irgendwo nicht so wichtig ist. Sie nehmen das Sicherheitsthema jetzt nur deshalb zu Diskussion, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das was Sie hier tun, ist mehr als irreführend.)* weil Sie wissen, dass es ein aktuelles Thema ist. Bis dato hat es Sie noch nie so richtig interessiert. *(Abg. Johann Tschürtz: Seit wann interessiert die Grünen das Thema Sicherheit?)* Sie sind eigentlich immer auf der anderen Seite gestanden. Das muss ich Ihnen schon ausrichten. Jetzt so zu tun, als ob das ein wichtiges Thema wäre, und hier dann den Assistenzeinsatz schlecht zu reden, das ist nicht vereinbar. Auch in Ihrer Diktion, wie ich es verstanden habe, meiner Meinung nach nicht. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Einen Satz nur zum Assistenzeinsatz. Wann werden wir ihn nicht mehr brauchen? Garantiert dann, wenn wir genügend Polizistinnen und Polizisten haben.

Das war auch immer unsere klare Aussage. Jetzt können Sie sagen: Wie kann man dorthin arbeiten, dass wir die bekommen? Tun Sie das bitte, meine Damen und Herren von der ÖVP. Reden Sie mit dem einen, der für das Geld verantwortlich ist. Ihr oberster Parteichef, der Herr Vizekanzler, der Herr Finanzminister! Reden Sie mit der Frau Innenministerin. Die brauchen eigentlich nur sagen:

Ja, wir stellen das Geld zur Verfügung, wir sorgen dafür, dass das Personal aufgestockt wird, denn dann sorgen wir gemeinsam auch für Sicherheit in Österreich und im Burgenland. *(Allgemeine Unruhe)*

Wieso Sie das nicht tun und versuchen, uns und den Menschen im Burgenland einzureden, dass Sicherheit ohnehin gewährleistet ist, weiß ich nicht. In Zeiten steigender Kriminalität, alle Statistiken liegen uns monatlich auf dem Tisch, *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Nur zum Teil!)* versuchen Sie hier eigentlich nur diese Situation schön zu reden.

Ja, Sie können schon geteilt sehen, wir sehen es allerdings ganz anders! Mit einem Satz: Wir sind den Menschen im Burgenland verpflichtet. Dazu sind wir gewählt, dazu sind wir da. Das werden wir auch in weiterer Folge tun. Das heißt, wir werden weiterhin konsequent darauf einwirken, dass diese Personalstandsgarantie gegeben ist, dass diese fehlenden Planposten, die nicht nach besetzt sind, aufgefüllt werden und dass diese unsinnigen SOKOS, wenn sie schon gemacht werden, nicht außerhalb des Landes, sondern mit Polizistinnen und Polizisten aus dem Burgenland im Burgenland umgesetzt werden. *(Abg. Johann Tschürtz: Genau! - Abg. Ilse Benkö: Stimmt!)*

Die SOKO Burgenland ist nämlich die einzige, die wir uns vorstellen können.

Dann, denke ich, wird gemeinsam mit dem Assistenzeinsatz, für die Sicherheit im Burgenland weiterhin gesorgt sein. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Redner hat sich Landtagsabgeordneter Mag. Josko Vlasich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Josko Vlasich (GRÜNE):** Ich möchte noch ein paar Sätze zu diesen Unterstellungen hier sagen, *(Abg. Christian Illredits: Was haben Sie gesagt?)* die hier gegenüber den Grünen und gegenüber meiner Wenigkeit gesagt wurden.

Zunächst einmal ist es ganz eindeutig: Wir sind Abgeordnete des Burgenlandes. Wir setzen uns dafür ein, dass im Burgenland die Sicherheit auch weiterhin gewährleistet bleibt. Das ist uns ein großes Anliegen. *(Der Abgeordnete Johann Tschürtz beginnt zu lachen.)*

Da brauchen Sie wirklich nicht zu lachen, Herr Kollege Tschürtz, denn ich werde Ihnen gleich ein paar Dinge erzählen, wo Ihnen das Lachen vergehen wird. *(Abg. Johann Tschürtz: Das kann ich mir nicht vorstellen.)*

Es geht um unser Land, es geht um unsere Bevölkerung. Was Sie hier tun, ist nicht Sicherheit versprühen, sondern Sie verunsichern die Bevölkerung! *(Abg. Ilse Benkö: Dann gehen Sie wohl mit zugeklebten Augen durch das Land.)*

Sie verunsichern mit Ihren Daten, mit Ihren Eingaben und mit Ihren Vorschlägen die Bevölkerung. Denn es geht tatsächlich darum, anstatt herzuzugehen, und zu sagen: Leute, ihr müsst keine Angst haben, ihr braucht keine Angst zu haben, wir haben ein funktionierendes Sicherheitssystem, das lediglich da und dort Mängel aufweist. Keineswegs, das habe ich heute auch gesagt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, herzuzugehen und zu sagen: Die Grünen reden wie die Blinden von der Farbe, dann sage ich Ihnen, dann werden Sie in Hinkunft, wenn Sie sich herausstellen bei allen anderen Bereichen, außer bei der Polizei, von mir genau das gesagt bekommen.

Wenn Sie nur glauben, dass wir nur darüber sprechen dürfen, was wir in unseren Zivilberufen sozusagen ausgeübt und gelernt haben, dann kann ich da wahrscheinlich um einiges mehr mitreden, als Sie mitreden können.

Nur um das hier einmal klarzustellen. Das war das Erste. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Zweite, was ich hier sagen möchte, ist folgendes: Ich sage zum Herrn Kollegen Klubobmann von der SPÖ, zum Herrn Illredits: Wer hat denn die Regierung in Wien zusammengesetzt? Wer hat denn dem Regierungsprogramm, das hier umgesetzt wird, zugestimmt? Wer hat denn nicht protestiert, als diese Innenministerin hergegangen ist, und ihr Parteiprogramm offensichtlich, wie Sie sagen, nicht umgesetzt hat? *(Abg. Christian Illredits: Sehr wohl wurde protestiert.)*

Warum haben Sie diese 270 Planstellen, die nicht besetzt sind, in die Regierungsverhandlungen nicht hineinreklamiert? *(Abg. Christian Illredits: Faymann fordert das noch immer.)*

Sind da die Grünen schuld daran?

Sind Sie mir nicht böse! Sie fordern es noch immer! *(Abg. Christian Illredits: Nicht umgesetzt. Es wurde nicht umgesetzt.)*

Sie hätten das vor der Regierungsbildung fordern müssen. (*Abg. Christian Illedits: Steht doch dort.*) Wenn Sie dann, bei der Nichterfüllung dieser Forderung der Regierung nicht zugestimmt hätten, dann hätte ich Ihnen geglaubt. (*Abg. Christian Illedits: Wurde nicht umgesetzt. – Beifall bei den Grünen*)

Das ist Faktum! Sich allerdings hier herzustellen und dann zu sagen: Die Grünen nehmen wir nicht ernst, (*Abg. Christian Illedits: Das habe ich nicht gesagt, dass ich die Grünen nicht ernst nehme.*) weil, alles andere als das, was wir sagen, ist unrichtig, finde ich nicht in Ordnung. (*Abg. Christian Illedits: Ich nehme Sie ernst, daher kritisiere ich Sie auch.*)

Daher ich bin ganz bei Ihnen. Es ist ganz wichtig. Wir haben die Kriminalität dort, wo sozusagen der Verkehr kumuliert. Wir haben die Kriminalität vor allem, und das ist nachgewiesen, neben den hochrangigen Straßen, bei den Autobahnen, beispielsweise im Bereich der A4.

Wir haben die Kriminalität dort, wo es große Einkaufszentren gibt. Das ist wiederum dort bei der A4. Das, Herr Landeshauptmann, rechtfertigt auch Ihre Statistik, das ist richtig. Im Bezirk Neusiedl am See sind ganz bestimmt die Autobahn, der nahe Grenzübergang, die großen Einkaufszentren, auch mit ein Erreger für die Kriminalität.

Dort können Sie noch so viele Assistenzsoldaten hinschicken, aber das wird nicht sehr viel bringen. Da müssen Sie jedes Auto extra bewachen lassen, damit dann dort keine Diebstähle passieren.

Wenn Sie aber diese 270 Planstellen, die Sie auch fordern, was wir auch verlangen, tatsächlich dann auf die Straße bringen, dann werden wir tatsächlich auch wirklich die Kriminalitätsbekämpfung hier machen können.

Meiner Ansicht nach geht es also tatsächlich darum, nicht so zu sagen das eine gegen das andere auszuspielen, sondern herzugehen und zu sagen: Der Assistenzeinsatz kostet 12 Millionen Euro im Jahr. 12 Millionen Euro! Was erreichen wir damit? Das ist, meiner Ansicht nach, die große Frage.

Wir sollten der Bevölkerung im Burgenland sagen: Sie brauchen keine Angst zu haben, denn wir leben in einem der sichersten Länder der Welt. (*Beifall bei den Grünen - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Redner hat sich Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ):** Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Ich werde mich nicht lange aufhalten, aber eines steht auf jeden Fall einmal fest: Die FPÖ ist Sicherheit! Das steht an erster Stelle. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ewald Gossy: Von 2000 bis 2006 habe ich davon nichts bemerkt.*)

Faktum ist aber auch, dass die Themen, die sich die Freiheitliche Partei ansprechen getraut, die getraut sich sonst keiner anzusprechen.

Wenn es darum geht, hinter der FPÖ hinterher zu humpeln, (*Abg. Ewald Gossy: Das glaube ich.*) dann ist man da. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Sie sind populistisch!*)

Faktum ist auch, wir sind Sicherheit, die FPÖ ist Sicherheit! Wir sind Sicherheit und nicht die Nachhopper. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Der Satz ist grammatikalisch falsch!*)

Faktum ist auch, dass es zu verurteilen ist, wenn man sich vor Augen hält, dass in Eisenstadt ein 14-Jähriger eine Bande um sich versammelt hat und 13-jährige Schüler so erpresst hat, dass, wenn sie ihm kein Geld gegeben haben, er sie mit der Bande verprügelt hat. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Das ist doch schon vor 100 Jahren von Schriftstellern beschrieben worden! In hunderten Büchern wurden solche Aktionen beschrieben. Was soll das jetzt?)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Der Kollege Tschürtz ist am Wort.

**Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ) (fortsetzend):** Entschuldigung, Herr Kollege Vlasich, Sie heißen das anscheinend willkommen. *(Allgemeine Unruhe)* Ich sage Ihnen, wir verurteilen das und derjenige, der das mit seiner Bande gemacht hat, der gehört weg, der gehört abgeschoben.

Punkt, da gibt es keinen Beistrich. Weg mit dir, wenn du so etwas machst! *(Abg. Ilse Benkö: Bravo – Beifall bei der FPÖ)*

Wie kommen meine Kinder dazu, dass sie verprügelt werden? Oder, dass sie Geld bezahlen müssen, damit sie von einer Türkenbande nicht verprügelt werden? Wenn Sie das gutheißen, tun Sie mir leid, Herr Kollege Vlasich. Die Anliegen der FPÖ, die sind bei Gott nicht populistisch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben gesagt, wir wollen die Schaffung zweier Kriminaldienststellen im Bezirk Neusiedl am See und im Bezirk Oberwart mit je 20 Beamten. Wir wollen kriminalpolizeiliche Observation einsetzen, statt AGU-Streifen.

Wir wollen genau diese Observation einsetzen, damit man die organisierte Kriminalität bekämpfen kann. Wir wollen zeitweilige Grenzkontrollen wieder eingeführt haben. Wir wollen DNA-Proben für alle Asylanten, weil wir auch wissen, dass 200 davon monatlich in Traiskirchen verschwinden.

Dass 100 Essen täglich in Traiskirchen weggeworfen werden müssen, weil die gar nicht mehr da sind. Daher wären DNA-Proben gar kein Problem, denn das ist eine einfache Speichelprobe. Warum soll das überhaupt ein Problem sein?

Wir wollen so, wie die SPÖ auch, die heute den Antrag einbringt, kein Erstaufnahmezentrum. Wenn Sie das als populistisch verurteilen, dann tun Sie mir leid. *(Beifall bei der FPÖ – Abg. Inge Posch-Gruska: Gefährlich ist das. Nicht nur populistisch, sondern auch sehr gefährlich. Gefährlich!)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. *(Abg. Johann Tschürtz: Ich verstehe Euch nicht, dass ist doch Eure Geschichte. Eure Forderung! - Abg. Inge Posch-Gruska: Gefährlich ist das. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bitte Herr Kollege Gossy. *(Abg. Ewald Gossy: Ich verzichte!)*

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Darf ich Sie ersuchen, etwas leiser zu sein, wir kommen nämlich zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem Begriffe an die SPG-Novelle 2005 und an die 5. Zollrechts-Durchführungsgesetz-Novelle angepasst und das Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz geändert werden, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

---

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Der Gesetzentwurf, mit dem Begriffe an die SPG-Novelle 2005 und an die 5. Zollrechts-Durchführungsgesetz-Novelle angepasst und das Bgl. Landes-Polizeistrafgesetz geändert werden, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.